

Hannover
und
Braunschweig.

Befestigung und Widerlegung

der Druckschrift:

Die Regierungsfolge im Herzogthum Braunschweig
nach dem Erlöschen des Braunschweig-Wolfen-
büttelschen Fürstenhauses.

Von

Eduard Bedekind

Königl. Hannover. Unterricht. a. D.

Leipzig

Verlag von Otto Wigand.

1861.

Hannover und Braunschweig.

Beleuchtung und Widerlegung

der Truchsdorf:

Die Regierungsfolge im Herzogthum Braunschweig nach
dem Erlöschen des Braunschweig-Wolfenbüttelschen
Fürstenhauses.

Von

Eduard Wedekind,

Rechtsrath in Göttingen.



Leipzig

Verlag von C. F. Wiegand.

1861.

I n h a l t.

	Seite
Einleitung	3
I. Der Verfasser verwechselt den braunschweigischen Standpunkt mit dem hannoverschen	8
II. Er irrt aber auch vom braunschweigischen Standpunkte aus; zunächst aus dem Gesichtspunkte des Privatsfürstenrechts	11
III. Aber auch seine staatsrechtlichen und völkerrechtlichen Deductionen sind irrig	16
IV. wie sich schon aus der betreffenden allgemeinen Weltlage ergibt	21
Darnach war insbesondere :	
1) die Occupation Braunschweigs im Jahre 1806 durch Napoleon völlerrechtswidrig	36
2) Auch die gänzliche Incorporirung Braunschweigs in das Königreich Westphalen blieb ein bloß factischer Zwischenzustand	38
3) Der Herzog Friedrich Wilhelm von Braunschweig war während dieser ganzen Zeit mehr als bloßer Präident	39
4) Er war dem Rechte nach souveräner Fürst und als solcher Bundesgenosse von Napoleon's Feinden	41
5) und wurde schließlich jure post liminii vollständig restituirt	42

V.	Zuristische Zusammenstellung der Schlußfolgerungen	49
VI.	Das spezielle braunschweigische Staatsrecht stimmt mit diesen Schlußfolgerungen überein	50
VII.	Auch des Verfassers Einreden gegen die etwaige Wirksamkeit des hannoverschen Erbfolgerechtes sind unbegründet	52
VIII.	Zeit des Anfalls in Rücksicht der etwaigen Rechte des Herzogs Carl von Braunschweig	53

Nachdem schon hin und wieder Andeutungen erfolgt sind, als ob nach dem einstigen Erlöschen der Herzoglichen Braunschweig-Wolfenbüttelschen Linie das Erbrecht der Braunschweig-Lüneburgischen, oder Königlich-Hannoverschen Linie bezweifelt werden könne, wogegen man Hannoverseherseits sich einstweilen darauf beschränkt hat, durch vielfache Verbreitung der Welfischen Stammtafel das Bewußtsein dieses Rechts im Volke zu erwecken und zu verbreiten, ist nun ganz kürzlich in Berlin (bei Springer) eine Druckschrift erschienen, die die ange deuteten Zweifel fest und bestimmt formulirt; und so mag man denn von beiden Seiten die Streitfrage, wenn sie eine werden soll, scharf in's Auge fassen.

Jene Schrift führt den Titel „die Regierungsfolge im Herzogthum Braunschweig nach dem Erlöschen des Braunschweig-Wolfenbüttelschen Fürstenhauses“, rührt offenbar von einem Braunschweiger und einem, mit den einschlagenden Verhältnissen sehr vertrauten Staatsmanne her, und nimmt folgenden Ideen- gang:

Nach menschlicher Wahrscheinlichkeit werde früher als die Hannoversehe die Braunschweiger Linie aussterben, vielleicht in nicht gar zu ferner Zeit; der Anfall Braunschweigs an Hannover sei für ersteres ein großes Unglück, besonders bei den jetzigen Re-

gierungsverhältnissen im Königreich Hannover, und es bleibe daher, indem Braunschweig seine Selbstständigkeit wol in keinem Falle werde erhalten können, der geographischen Lage nach, nur ein Anschluß an Preußen übrig. Es sei daher zu prüfen:

- 1) ob die Erbansprüche Hannovers wirklich über jeden Zweifel erhaben seien?
- 2) ob und welche Einreden selbst im Bejahungsfalle gegen die Wirksamkeit dieses Erbfolgerechts
 - a. für immer, oder doch
 - b. für einstweilen
 zu erheben seien, und
- 3) was demgemäß und behufs des Anschlusses an Preußen zweckmäßig geschehen könne; woneben
- 4) noch der Verfasser — mit einem Seitenblick auf die Rechte des Herzogs Carl von Braunschweig — äußersten Falls den Zeitpunkt, mit welchem die Hannoversche Erbfolge einzutreten habe, bespricht.

Die dritte Frage geht uns Hannoveraner selbsttredend nicht an, wir können ihre Beantwortung lediglich den Braunschweigern selbst überlassen; auch ist es gewiß nicht mein Standpunkt, die dermalige Hannoversche Regierung gegen die anscheinend sehr tiefe Abneigung der Braunschweiger zu vertheidigen; ich habe es hier bloß mit der Rechtsfrage zu thun. Liegt aber diese zu Gunsten Hannovers, so ist es freilich auch seine entschiedene Pflicht, sein gutes Recht zu wahren; denn da die Braunschweigischen Lande, wenn man den Communions-Harz hinzunimmt, das nördliche Hannover vom südlichen völlig trennen, und außerdem das Amt Ithedinghausen eine Braunschweigische Insel im nördlichen Theile Hannovers bildet: so hat Hannover mindestens ein

eben so großes Interesse, daß Braunschweig nicht an Preußen falle, als Braunschweig vorgiebt, seinerseits bei einem Anschlusse an Preußen zu haben, wie uns mancherlei Variationen vor und nach dem Zoll-Anschluß, sowie in Bezug auf Eisenbahnen belehrt haben, und noch fortwährend belehren.

Sprechen wir aber von Interessen, und nicht von Sympathien: so möchte es denn doch wol sehr die Frage sein, ob Braunschweig sich bei einem Anschlusse an Preußen oder bei dem an Hannover besser stehe. Als Theil von Preußen behält es seine zerrissenen Grenzen, während es mit Hannover eine abgerundete Masse bildet, und zumal die Stadt Braunschweig, die in Verbindung mit Hannover immerhin noch Aussicht hat, wenigstens zeitweilig die Residenz zu bleiben, würde bei Preußen lediglich Provinzialstadt werden. Ueberhaupt aber ist Preußen ein krampfhast gespannter Staat, weil er durch die Verhältnisse gedrungen ist, eine Großmacht zu spielen, zu der seine Größe (17 Mill. Einwohner), seine Lage und seine sonstigen natürlichen Verhältnisse nicht ausreichen; und sollte Italien mit 20 Millionen Einwohnern, seiner maritimen Lage und bedeutenden Kriegsflotte, über kurz oder lang, wie nicht zu zweifeln, in das europäische Concert eintreten: so würde das die Lage Preußens, das dann aus der fünften die sechste Großmacht würde, wahrlich nicht verbessern. Preußen kann in seinem wohlverstandenen Interesse nur in Deutschland aufgehen, und das können und sollen auch die kleinern Staaten, wenn die Zeit gekommen sein wird. Bis dahin würde Braunschweig in Verbindung mit Hannover einer, wenn auch langsamern, doch gesunden Entwicklung entgegengehn. Interessen aber, die auf natürlichem Grunde erwachsen, sollte man nicht nach Abneigungen, die, wie sehr begründet sie immer sein mögen, doch als die kurzlebige Folge augenblicklicher Zustände und Persönlichkeiten erscheinen, bemessen.

I.

Was aber nun die Rechtsfrage betrifft: so bestreitet der Verfasser unsrer Broschüre durchaus nicht, daß ursprünglich ein Erbfolgerecht zwischen den beiden agnatischen Linien des Welfischen Hauses bestanden habe — und auch wir können dies also als eine allgemein bekannte und unbestrittene Sache voraussetzen — aber er behauptet, daß dies Erbfolgerecht durch eine Art politischer Novation, durch die Einverleibung Braunschweigs in das einstmalige Königreich Westphalen verloren gegangen sei. Der Verfasser argumentirt so:

Als der Herzog Carl Wilhelm Ferdinand sein ganzes Land durch Waffengewalt thatsächlich an die Franzosen verloren hatte, und bald darauf starb (1806), war sein Sohn Friedrich Wilhelm nur Prätendent von Braunschweig, konnte als solcher keinen völkerrechtlichen Krieg führen, und erlangte demgemäß sein Land „gleichsam“ nur als ein freies Geschenk der Allirten zurück, also nicht *jure postliminii*, nicht als einfach restituirt, unter dem Wiederaufleben aller vormaligen Verhältnisse, sondern Friedrich Wilhelm ward auf Grund dieser Schenkung gleichsam der Stifter einer neuen Dynastie, er war ein *novus homo*, ein erster Regent, und da alles Erbrecht auf Agnation mit dem ersten Erwerber beruht: so ist, wenn nun seine Descendenz erlischt, der herzogliche Thron vacant.

Zugegeben einmal, diese ganze Deduction wäre so richtig, als sie bloß sophistisch ist: so begegnet doch dem Verfasser, und anscheinend ganz unbewußt, die seltsame Verwechslung, daß er die Braunschweigischen Rechte untersucht, während es auf die Hannoverischen ankommt. Läge der Fall umgekehrt, wie er liegt,

stände in Frage, ob bei einem bevorstehenden Aussterben der Hannoverschen Linie Braunschweig in Hannover succediren könnte: dann könnte etwa von hannoverscher Seite aus Braunschweig jene Argumentation entgegengesetzt werden; dermalen aber fragt sich bloß, ob Georg III., der damalige Churfürst von Hannover und König von England, durch Besetzung Braunschweigs von Seiten der Franzosen und durch Einverleibung desselben in das Königreich Westphalen seine Anrechte an Braunschweig verloren habe, und das ist denn doch entschieden zu verneinen, wenn man nicht etwa zugleich behaupten will, daß Georg III. auch seinerseits nach Vertreibung der Franzosen in seinem alten Churfürstenthume als novus homo aufgetreten sei. So weit geht unser Verfasser jedoch nicht, denn dies wäre thatsächlich nicht wahr, und theoretisch absurd, da Georg III. fortwährend mit Napoleon im Kriege geblieben ist; und doch mußte der Verfasser consequenterweise diese Absurdität behaupten, denn in Beziehung auf Hannover war Georg III. durchaus in derselben Lage wie Friedrich Wilhelm in Beziehung auf Braunschweig; beide Lande waren in Feindes Hand, beide Lande wurden anderen Staaten, Hannover sogar später durch Zerreißung theilweise dem Königreiche Westphalen, theilweise dem Kaiserreiche Frankreich incorporirt, beide Chefs ihrer Linien hatten dagegen protestirt, und beide fuhren fort den Krieg zu führen, und der Herzog von Braunschweig war eben sowohl ein Alliirter des Königs von England, wie dies der Churfürst von Hannover war; der Umstand, daß der Churfürst damals zufällig und zeitweilig dieselbe Person war, die auch den König von England vorstellte, ändert nach völkerrechtlichen Grundsätzen nichts darin; die Sache, worauf es ankommt, ist das B ü n d n i ß.

Es ist bis jetzt noch in keiner Verhandlung, diplomatischer oder selbst civilrechtlicher Art, bestritten worden, daß Georg III.

nach Vertreibung der Franzosen ohne weiteres in seine alten Verhältnisse factisch und rechtlich wieder eingetreten sei: (was der Verfasser darüber bei Gelegenheit einiger Verhandlungen des Wiener Congresses — S. 20 flg. seiner Schrift — anführt, soll später gewürdigt werden;) das ganze Königreich Westphalen zerfiel von selbst nach der Vertreibung Jerome's in die Bestandtheile, aus denen es zusammengeflocht war, in Hannover aber mit der Wirkung, daß der ganze Zwischenzustand als rechtlich nicht vorhanden angesehen wurde. Keine Verordnung, kein Gesetz aus jener Zeit ist in die Gesetzsammlungen für die sogenannten alten Provinzen aufgenommen, die aufgehobenen Dienste, Zinsen, Zehnten und sonstigen Gefälle wurden ohne weiteres wieder hergestellt, desgleichen die alte Contribution; die von der westphälischen Regierung veräußerten Domainen wurden ohne weiteres wieder eingezogen, dagegen aber auch alle rückständigen Pensionen und selbst die rückständigen Gehalte an solche Staatsdiener, die keine fremden Dienste genommen hatten, nachgezahlt.

Trat aber auf solche Weise der Churfürst in Beziehung auf Hannover ganz in sein altes Verhältniß zurück: so geschah dies selbstredend auch in Beziehung auf seine eventuellen Anrechte auf Braunschweig; der Hauptsache folgt die Nebensache von selbst; Georg III. hatte ganz allgemein protestirt, und trat einfach ganz allgemein in seine früheren Verhältnisse zurück, und wäre Braunschweig damals mediatisirt worden: so hätte es nur zu Gunsten Hannovers mediatisirt werden können, und wäre es selbst von neuem einem anderen Staate incorporirt worden: so hätte dies nur unter dem Vorbehalt jener agnatischen Rechte geschehen können, oder das Haus Hannover hätte ausdrücklich darauf verzichten müssen. Es ist aber vielmehr bekannt, daß gerade Hannover die Mediatisirung Braunschweigs verhinderte, und zwar — wie die Geschichte des Befreiungskrieges lehrt, und wie uns der Graf

Münster noch besonders in seinen Streitschriften gegen den Herzog Carl berichtet — aus dem sehr nobeln Grunde, daß Hannover es verschmähte, sich auf Kosten seines Agnaten zu vergrößern, und als gar der Herzog Friedrich Wilhelm bei Quatrebras geblieben, und über seine beiden minderjährigen Söhne unserm damaligen Prinz-Regenten die Vormundschaft übertragen worden war, hielt er in dieser Eigenschaft sich in seinem Gewissen doppelt verpflichtet, seinen Neffen und Mündeln ihr Erbe unverkürzt zu erhalten; nicht einmal die Enclave Ledinghausen wollte er Braunschweig entziehen, selbst nicht durch Austausch.

Was geht es uns denn nun an, in welcher Eigenschaft und unter welchem Titel der Herzog Friedrich Wilhelm in seine Lande zurückgekehrt ist?! Hannovers Anrecht an Braunschweig datirt ja nicht erst von der Person Friedrich Wilhelm's her, auch nicht aus irgend einem besondern Familienpact, sondern hinsichtlich des herzoglichen Amts aus der Belehnung Kaiser Friedrich's II. an Otto Buer (21. August 1235), auf dessen beiden Augen damals das Welfische Gesamthaus bestand, hinsichtlich der Allodialgüter aber sind seine Ansprüche noch viel älter, und datiren selbst nicht einmal von Heinrich dem Löwen, dem die Reichsacht zwar das herzogliche Amt und die Reichsgüter, nicht aber seine Allodialgüter entziehen konnte und entzogen hat, sondern aus dem uralten germanischen Rechte, begründet auf die Stammverwandtschaft des Gesamthauses der Welfen, das schon zu Heinrich's des Löwen Zeit im vierten Jahrhundert blühte.

II.

Und ist es denn wahr, daß der Herzog Friedrich Wilhelm (nach der Leipziger Schlacht) nicht vermöge alten, sondern, wie der Verfasser behauptet, vermöge neuen Rechts in seine Lande zu-

rückgekehrt sei? — Es ist entschieden nicht wahr. Schon der Verfasser selbst giebt zu (S. 12), daß der leitende Gedanke des Herzogs bei der Besitznahme sich auf sein Erbrecht, als legitimer Nachfolger des Herzogs, seines Vaters, gestützt habe, geht damit aber über diese wichtige und entscheidende Thatsache hinweg, mit dem Einwande, daß dieser „leitende Gedanke“ „nicht durchaus maaßgebend“ für die Rechte sei, die er durch die Besitznahme des Landes erworben habe.

Wir aber wollen doch von dieser Thatsache etwas schärfer Act nehmen. Der Herzog Friedrich Wilhelm hat ganz entschieden vermöge seines guten alten Rechts und jure postliminii von seinem Lande Besitz ergriffen. Auch ihm galt die ganze Occupation nebst dem Königreich Westphalen nur als Ujurpation, und die Folgen dieser Ansicht sind eben so deutlich in Braunschweig wie in Hannover zu Tage getreten, namentlich auch im Retrahiren aller verkauften Domainen. Der leitende Gedanke des Herzogs war auch nicht bloß der seinige, sondern ganz entschieden der des ganzen Volkes, als dessen alt-angestammter Regent er allgemein mit Jubel aufgenommen wurde. Eben so wenig ist es irgend einer der kriegsführenden Mächte eingefallen, den Herzog in dieser Besitzergreifung zu behindern, und der Herzog hat mit diesen Mächten, als mit seinen Allirten, den Krieg gegen Frankreich, den er persönlich nie aufgegeben hatte, ohne weiteres, nunmehr wieder an der Spitze seines Landes, fortgesetzt, und, nachdem er durch den ersten Pariser Frieden beendet war, nach Napoleon's Ausbruch von Elba von neuem aufgenommen.

Der Dritte in gleicher Lage mit ihm und dem Churfürsten von Hannover war bekanntlich der Churfürst von Hessen, der eben so in sein Land zurückkehrte. Noch Anderer werden wir später gedenken.

Dennoch wagt unser Verfasser die Behauptung, daß die herzoglich-braunschweigische Linie erst auf dem Wiener Congreß und durch denselben ihre angestammten Lande, und zwar nicht zurück, sondern aufs neue, auf Grund eines neuen Titels erhalten habe. Kann man dem gesammten Thatbestande ärger in's Gesicht schlagen?

Als der Wiener Congreß zusammentrat, und schon vorher während der Verhandlung des Pariser Friedens, hatten die Churfürsten von Hannover und Hessen und der Herzog von Braunschweig längst wieder von ihren Landen Besitz ergriffen, und sogar, wie gesagt, den letzten Krieg gegen Napoleon als souveraine Fürsten dieser ihrer Länder mitgemacht; der Wiener Congreß fand sie also bereits in vollem Besitze, und da sich der Congreß nur mit demjenigen zu beschäftigen hatte, was geändert oder sonst geordnet werden sollte: so erwähnt die Schlußacte desselben (vom 9. Juni 1815) — außer in so weit sie die allgemeinen Bestimmungen der deutschen Bundesacte (vom 8. Juni 1815) in sich aufnimmt — des Churfürsten von Hessen und des Herzogs von Braunschweig überall nicht, und Hannovers nur in so weit, als von dem königlichen Titel, von neuen Erwerbungen und von Abtretungen einiger alten Gebiete die Rede ist. Eine Anerkennung der genannten drei Souveraine in Beziehung auf ihre alten Besitzungen ist nirgends ausgesprochen, sie verstand sich ganz von selbst, und zwar, muß man sagen, eben deshalb, weil diese drei Souveraine die Occupation ihrer Lande nie anerkannt, bei keinem Friedensschluß über dieselben sich betheiligt hatten. Dies erweist sich deutlich per argumentum a contrario, da wegen solcher, durch Friedensschlüsse abgetretener Gebiete die Schlußacte allerdings für nöthig findet, die neue Anerkennung des alten Herrschers auszusprechen; so z. B. wegen Preußen Artikel 23. Aber selbst hier bestimmt sie, daß lediglich das alte Verhältniß wieder

hergestellt sein solle; sie verleiht keinen neuen Titel, sondern sie stellt einfach den alten wieder her. Der fragliche Artikel lautet:

S. M. le Roi de Prusse étant rentrée, par une suite de la dernière guerre, en possession de plusieurs provinces et territoires, qui avoient été cédés par la paix de Tilsit, il est reconnu et déclaré par le présent article, que S. M., ses héritiers et successeurs, posséderont de nouveau, comme auparavant, en toute souveraineté et propriété, les pays suivans, savoir etc.

und daß dieses „comme auparavant“ keine bloße „nachrichtliche Bemerkung“, sondern in der vollen staatsrechtlichen Bedeutung der Worte gemeint sei, geht aus den spätern — unten noch näher zu erwähnenden — Transactionen Preußens über einige dieser wieder erworbenen Provinzen hervor.

Was aber die Congressacte nichts anging, mußte natürlich in der deutschen Bundesacte sofort zu Tage treten. Sie ward bekanntlich während und unter den Verhandlungen des Wiener Congresses mit zu Stande gebracht, und während sich an der Congressacte formell allerdings nur die größern Mächte theiligten, traten für die deutsche Bundesacte alle nach jenen verbleibenden deutschen Souveraine als Paciscenten zusammen, und unter diesen neben Hannover und Churhessen, auch hier ohne irgend weitere Bemerkung, der Herzog von Braunschweig.

Es ist also klar, daß weder Hannover noch Braunschweig selbst an seinen alten Rechten irgend etwas vergeben oder verloren hat; und daß die agnatischen Beziehungen, wie sie zur Zeit des deutschen Reichs bestanden haben, namentlich auch die Anwendung des sogenannten Salischen Gesetzes, das die weibliche Erbfolge ausschließt, auch nach der erlangten Souveraineté der deutschen Fürsten fortbestehen, ist zu anerkannten Rechten, als daß es irgend einer weitem Beweisführung darüber bedürfte (cf. z. B.

Artikel 16 der Wiener Congressacte a. E.). Die erlangte Souverainetät sollte wol eine Vermehrung, aber keine Verminderung der Rechte bringen, und eine unbestrittene Praxis hat sich darüber bereits längst gebildet. So ist Sachsen-Gotha (im Jahre 1825) von den nächsten Agnaten ererbt worden, die reußischen und anhaltinischen Ländchen sind vereinfacht, Rotenburg ist an Churhessen gefallen, Hechingen und Sigmaringen durch einfachen Verzicht an Preußen; und nur wo diese agnatistischen Rechte nicht respectirt werden wollen, entbrennt der Streit wie bei (Schleswig-) Holstein.

Hannover selbst ist bekanntlich auf Grund des Salischen Gesetzes, im Jahre 1837, von England getrennt worden und die Verfassung sowohl als das Hausgesetz des Königreichs Hannover sichern nicht bloß die Erbfolge Braunschweigs im Allgemeinen, sondern speziell auch den eventuellen Vorzug des braunschweiger Mannsstammes vor der jetzigen hannoverschen weiblichen Descendenz. Auf diese Clausel werden alle hannoverschen Staatsdiener in ihren Huldigungsseiden verpflichtet. Ein solches Recht ist natürlich ohne Gegenseitigkeit nicht denkbar, und in der That ist das fragliche Hausgesetz — das eben nur eine schriftliche Redaction des altbestehenden Rechtes ist — von den zeitigen Chefs der beiderseitigen Linien vollzogen worden.

Ob demnach unser Verfasser wol behauptet haben würde, daß Braunschweig kein Recht auf Hannover habe, wenn die Wahrscheinlichkeit des Aussterbens der einen oder andern Linie umgekehrt läge? Wir glauben schwerlich. Was aber nach der einen Seite Recht ist, ist es auch nach der andern. Und es ist daher nicht bloß abenteuerlich, mit so unbegründeten Deductionen hervorzutreten, wie unser Verfasser thut, sondern selbst gefährlich, da alle, auch die größte Wahrscheinlichkeit, die vom Leben und Sterben menschlicher Individuen abhängt, in einer höheren Hand

steht und sich über Nacht ändern kann. Wo und wie aber dergleichen eintritt, ist es allemal Sache einer höhern Bestimmung, und da möchten wir denn doch, wenn irgend anzunehmen wäre, daß der Verfasser im Sinne des braunschweigischen Volkes spräche, unsern werthen Nachbarn bei dieser Gelegenheit in Zeiten den alten Spruch zurufen: *trahunt fata, quem non ducunt*. Uns sicher bewußt, daß wir dem Heldenstamme der braunschweigischen Welfen, wenn der Wille der Vorsehung sie zur Herrschaft über uns beriefe, unweigerlich und mit Freuden Land und Stadt, Arme und Herz öffnen und entgegenbringen würden, verlangen wir aber auch vom Volke der Braunschweiger, daß sie im umgekehrten Falle auch unsern Welfen Thor und Thür nicht verschließen sollen, und werden es, wie ungern auch gegen einen nah verwandten Brudersstamm, doch nöthigenfalls an uns nicht fehlen lassen, dem Rechte unsres Herrscherhauses und das heißt dem guten Rechte Hannovers den erforderlichen Nachdruck zu geben.

III.

Nachdem wir so den Verfasser vom Standpunkte des Privatfürstenrechts aus gleich im Ganzen widerlegt haben, wäre es kaum noch nöthig, ihn in seinen einzelnen Sophismen noch weiter zu begleiten; dennoch wollen wir ihm auch im Einzelnen folgen, müssen aber gleich dabei bevorworten, daß der Verfasser seinerseits alle Gesichtspunkte: hannoversche und braunschweigische, das Privatfürstenrecht, das Staatsrecht und das Völkerrecht durcheinanderwirft, anscheinend nicht ohne Absicht, um die Gesichtspunkte beliebig verwechseln zu können. Indem wir also dem Verfasser zunächst ins Detail folgen, müssen wir uns jedoch vorbehalten, die verschiedenen Gesichtspunkte schließlich gehörig zu sondern.

Der Verfasser erzählt den Thatbestand — wenn man die

von ihm aufgeführten Momente zusammenstellt — selbst folgendermaßen:

Der Herzog Carl Wilhelm Ferdinand, der Großvater des jetzt regierenden Herzogs, hatte als Landesherr keinen Krieg mit Napoleon, schlug aber als preussischer Feldmarschall die Schlacht von Jena gegen ihn (14. October 1806), und verlor dadurch nicht bloß sein Leben (10. November 1806), sondern auch (und zwar schon am 28. October 1806) sein Land an Napoleon, der jenen Unterschied nicht gelten lassen wollte, und Braunschweig militairisch besetzte. Der Sohn des verstorbenen Herzogs, Friedrich Wilhelm, konnte daher die Regierung seiner Lande nicht antreten, auch nicht nach dem Tilsiter Frieden (vom 9. Juli 1807), den er nicht mit abschloß und der seiner überall nicht erwähnte, sondern führte den Krieg gegen Napoleon unter österreichischen Auspicien, aber als unabhängiger Führer eines selbst geworbenen Corps weiter; bis zum Waffenstillstande von Znaim (12. Juli 1809), in welchen er wieder nicht mit eingeschlossen wurde, weil Napoleon seine Ansicht, daß er als Herzog von Braunschweig und nicht unter österreichischer Autorität gegen Napoleon gekämpft habe, nicht gelten lassen, und der Herzog sie nicht aufgeben wollte. Um daher sein Corps nicht aufzulösen, unternahm er den bekannten kühnen Kriegszug durch Deutschland nach dem oldenburgischen Hafen Elsfleth und entkam (unter englischer Flagge) glücklich nach Helgoland, wo er (verabredetermaßen) englische Schiffe fand, die ihn und sein Corps nach England brachten, das gleichfalls (seit 1803) mit Napoleon im Kriege war, und wo er, als Better, Held und Allirter, mit offenen Armen aufgenommen wurde. Zwischen Oesterreich und Frankreich aber kam, am 14. October 1809, der sogenannte Wiener Friede zu Stande, in dem des Herzogs von Braunschweig wieder nicht gedacht wurde.

Unterdessen war, nach dem Tilsiter Frieden, das Königreich

Westphalen gebildet worden, wozu Napoleon außer den Eroberungen von Preußen namentlich auch die von ihren Souverainen zeitweilig verlassenen Lande, Churheffen, Braunschweig und Hannover, verwandte, und dieses Königreich ward, wie der Verfasser sagt, von allen Continentalmächten anerkannt.

Dieser Zustand dauerte bis zur Leipziger Schlacht (1813), nach welcher der Herzog Friedrich Wilhelm in sein Land zurückkehrte, die Regierung desselben übernahm und in derselben bis an seinen Tod (16. Juni 1815) verharrte. So fand ihn der erste Pariser Friede (vom 30. Mai 1814), die Wiener Congreßacte vom 9. Juni 1815 und die Deutsche Bundesacte vom 8. Juni 1815, und seinen Sohn und Nachfolger, den Herzog Carl (unter der vormundschaftlichen Regierung des damaligen Prinz-Regenten von England), der zweite Pariser Friede vom 20. November 1815.

Unser Verfasser untersucht nun:

1) ob Napoleon berechtigt gewesen sei, das Herzogthum Braunschweig, mit dem er sonst nicht im Kriege war, um desswillen zu occupiren (1806), weil der damalige Herzog von Braunschweig als Feldmarschall der preussischen Armee ihm gegenüberstand;

2) ob er dann, nach dem Frieden von Tilsit, befugt gewesen sei, das Herzogthum Braunschweig dem neugeschaffenen Königreiche Westphalen zu incorporiren;

3) ob Napoleon befugt gewesen sei, den Herzog Friedrich Wilhelm von Braunschweig bei dem Waffenstillstande von Znaym und im Wiener Frieden von 1809 vollständig zu ignoriren;

4) welche völkerrechtliche Bedeutung die Anerkennung des Königreiches Westphalen von Seiten der Continentalmächte in Anspruch zu nehmen habe, und

5) in welcher Eigenschaft hiernach der Herzog Friedrich Wilhelm in sein Land (1813) habe zurückkehren können, und kommt zu folgenden Resultaten:

ad 1) Wenn man auch „vielleicht“ annehmen müsse, Napoleon's Ansicht sei völkerrechtswidrig gewesen: so genüge es doch, daß er diese Ansicht gehegt oder zu hegen vorgegeben habe, denn nach dem Völkerrechte werde vorläufig stets angenommen, daß beide kriegsführende Theile sich im Rechte befinden, bis das Waffenglück entscheide, wem das materielle Recht dauernd zustehen solle.

ad 2) Da aber das Waffenglück für Napoleon entschieden habe: so sei das Herzogthum Braunschweig seine rechtmäßige Beute geworden, und wenn es ihm auch nicht durch den Frieden von Tilsit förmlich abgetreten worden sei, so ändere das nichts, da nach dem Völkerrecht Länder entweder durch den Friedensvertrag, oder auch durch gänzl i c h e Eroberung rechtmäßiges Eigenthum des Siegers würden.

ad 3) Daher sei denn Napoleon auch im Rechte gewesen, daß er den Herzog Friedrich Wilhelm weder in den Waffenstillstand von Znaim, noch in den Wiener Frieden von 1809 habe aufnehmen wollen, denn der alte Herzog, der schon vor seinem Tode das Land an Napoleon verloren gehabt, sei damit auf die Rolle eines Prätendenten zurückgedrängt und habe seinem Sohne daher auch weiter nichts hinterlassen können. Bloße Prätendenten aber seien zur Kriegsführung nicht berechtigt.

ad 4) Aber selbst die Rolle des Prätendenten habe mit der Incorporirung Braunschweigs in das Königreich Westphalen ihre Endschafft erreicht, denn damit sei das Herzogthum Braunschweig als solches politisch untergegangen, der etwaigen Prätendentschaft also jegliches Object entzogen; und dieser Zustand sei nicht bloß ein factischer geblieben, sondern durch die Anerkennung der Continentalmächte ein völkerrechtlicher geworden.

ad 5) Daher habe der Herzog im Jahre 1813 nach der Vertreibung der Franzosen das Herzogthum Braunschweig nur

auf Grund einer neuen Constituirung und Verleihung erwerben können und erworben, wenn selbst dies des Herzogs eigne Ansicht anscheinend nicht gewesen sei. Daher denn

6) alle ältern Rechte und Beziehungen, indem sie nicht ausdrücklich wieder hergestellt worden, für erloschen zu erachten seien.

Der Verfasser sucht diese seine Deduction dann noch durch einige geschichtliche Momente zu unterstützen: Schon im Tractat von Kalisch (vom 28. Februar 1813) hätte Rußland an Preußen das ganze, erst freilich noch zu erobernde nördliche Deutschland überlassen, mit alleiniger Ausnahme der hannoverschen Lande, Beide hätten Braunschweig also für ein vacantes Land gehalten. Dann habe Preußen durch den Vertrag mit England vom 14. Juni 1813 zwar versprochen, mit aller seiner Kraft zur Restituirung des Herzogs von Braunschweig mitzuwirken, aber das beweise eben auch nur, daß sich dieselbe nicht von selbst verstanden habe. Noch auf dem Wiener Congreß habe man Anfangs die Mediatisirungen viel weiter ausdehnen wollen, als schließlich geschehen sei, und daß dabei namentlich auch wol das Herzogthum Braunschweig in Aussicht gestanden haben werde, gehe insbesondere aus einer Controverse hervor, die zwischen Preußen und Hannover über die Frage geführt worden, ob Braunschweig (und Hannover) in der, dem Congreß vorzulegenden Uebersicht der von Napoleon zurückerobernten Länder mit aufzuführen seien oder nicht, und Preußen habe dies gegen Hannovers Widerspruch durchgesetzt.

Ich habe hiermit die Gründe des Verfassers, zwar nicht ganz in der von ihm beobachteten Reihenfolge, aber ganz zu seinen Gunsten noch einmal etwas logischer zusammengestellt, und prüft man nun unbefangen diese Deduction: so kann man vielleicht zugeben, daß viel Scharfsinn darin entwickelt ist, aber man wird wahrscheinlich vielfach mit mir bedauern, daß der Verfasser, wie ein rabulistischer Advokat, dem es nicht auf das

Recht an sich ankommt, wenn nur seine Partei obliegt, soviel Scharfsinn und Kenntniß aufgewendet habe, um einfache Thatfachen und Grundsätze zu entstellen und zu verdrehen.

Wir müssen daher die damalige Weltlage im Allgemeinen etwas näher ins Auge fassen.

IV.

Nach der kurzen Waffenruhe, die der Frieden von Amiens (17. März 1802) hervorgerufen hatte, folgte bald (18. Mai 1803) eine neue Kriegserklärung Englands an Frankreich, auf deren Grund der Krieg zwischen diesen beiden Hauptmächten, trotz einiger factischer Pausen und vielfachen Wechsels des Kriegsschauplazes und der Alliancen auf dem Continente, ununterbrochen bis zum ersten Pariser Frieden fortgedauert hat, und Napoleon benutzte jene Kriegserklärung sofort, um Hannover zu besetzen (Convention von Sulingen am 3. Mai 1803). Diese Besetzung eines neutralen Landes, bloß weil der damalige König von England auch zufällig Churfürst von Hannover war, war aber nicht bloß vielleicht, wie unser Verfasser bei Braunschweig meint, sondern ganz entschieden völkerrechtswidrig, denn Hannover bildete damals noch einen integrirenden Bestandtheil des deutschen Reiches, wie jetzt des deutschen Bundes, und wäre das deutsche Reich nicht damals in so ganz erbärmlicher Verfassung gewesen: so hätte es darüber in seiner Gesamtheit an Napoleon den Krieg erklären müssen, wie solches auch nach dem heutigen Bundesrechte geschehen müßte, wenn etwa in Veranlassung eines Krieges zwischen Italien und Oesterreich des letztern deutsche Bundesstaaten occupirt werden sollten. Ein solcher Reichskrieg erfolgte nun zwar nicht, doch bildete sich, da Frankreich auch bereits die Republik der Niederlande besetzt, Napoleon die Schweiz als Vermittler unterworfen (19.

Februar 1803), den König von Sardinien verjagt und Italien in seine Fesseln geschlagen hatte, die sogenannte dritte Coalition gegen Frankreich, zunächst durch den sogenannten Concert-Tractat (vom 11. April 1805) zwischen England und Rußland, welchem Oesterreich am 9. August, Schweden am 3. October und Preußen am 3. November 1805 beitraten, letzteres unter Vorbehalt einer nochmaligen Vermittlung unter den streitenden Theilen, die dann aber, nach der Schlacht von Austerlitz (2. December 1805), bekanntlich in ein Bündniß Preußens mit Frankreich umschlug, durch welches Preußen gegen Abtretung einiger Abzpliffen (Baireuth, Neuschatel etc.) das Churfürstenthum Hannover von Napoleon annahm. Der Friede von Preßburg (26. December 1805) zerstörte dann vollends die Coalition und ein Vertrag (vom 15. Februar 1806) befestigte das vorläufige Bündniß Preußens mit Frankreich. Aber so sehr war Preußen selbst von der Rechtswidrigkeit der Besetzung Hannovers überzeugt, daß es seinerseits erklärte, Hannover einstweilen nur in Verwahrung nehmen zu wollen, in Besiz aber erst dann, wenn es von England in einem förmlichen Friedensschlusse abgetreten sein würde (was bekanntlich nie geschehen ist). Napoleon kehrte sich natürlich nicht an diese Erklärung, und England eben so wenig, das vielmehr nun seinerseits (am 11. Juni 1806) Preußen den Krieg erklärte. Die Richtigkeit dieser rechtlichen Ansicht der Sache ist auch später niemals bezweifelt worden. Der Verfasser erwähnt selbst, daß im Vertrage von Kalisch (zwischen Rußland und Preußen) Hannover ausdrücklich von der preussischen Beute ausgenommen ward, und überhaupt widersprach Niemand, als nach der Schlacht von Leipzig Hannover ohne weiteres wieder für seinen alten Herrscher in Besiz genommen wurde. — Aber was kümmerte sich Napoleon um das Völkerrecht, so lange er die Macht hatte! Hatte er doch während des frühern Kriegeß mit England Embargo auf alle in

Frankreich sich aufhaltende Engländer legen, im März 1804 den Herzog von Enghien aus dem neutralen Baden gewaltsam fortführen und erschießen, im Jahre 1805 ohne weiteres ein Königreich Italien proclamiren, im Kriege von 1805 gegen Oesterreich seine Armeen durch die neutralen preussischen Gebiete von Anspach und Baireuth marschiren lassen, ohne diesen Schritt nur einmal zu entschuldigen. So decretirte er am 27. December 1805 (einen Tag nach dem Frieden zu Pressburg) von Schönbrunn aus: Die Dynastie der Bourbons zu Neapel habe aufgehört zu regieren und verließ den Thron (30. März 1806) seinem Bruder Joseph, ließ trotz des Friedens die Stadt Frankfurt (am 18. Januar 1806) besetzen und brandschatzen, weil sie englische Waaren zugelassen hatte, machte (am 5. Juni 1806) seinen Bruder Ludwig zum König von Holland und seinen Schwager Murat zum Großherzog von Berg, stiftete (12. Juli 1806) den Rheinbund, ohne alle vorgängige Rücksprache mit dem Reiche und ließ — gleich übermüthig und willkürlich in kleinen wie in großen Dingen — am 26. August 1806 den ihm nicht unterthänigen Buchhändler Palm von Nürnberg erschießen.

Und mit derselben Willkürlichkeit und Rücksichtslosigkeit, mit der Napoleon Preußen gezwungen hatte, Hannover als Entschädigung anzunehmen, bot er es England wieder an, ohne darüber mit Preußen irgend welche Rücksprache zu nehmen, als es ihm paßte, mit Fox in Friedensverhandlungen einzutreten, die jedoch durch Fox's Tod (13. September 1806) abgebrochen wurden.

Nach solcher Beleidigung Preußens konnte das ohnehin unnatürliche Bündniß nicht erhalten werden und der Krieg nicht ausbleiben, der dann, nach den Schlachten von Jena und Auerstädt (14. October 1806), Gylau (7/8. Februar 1807) und Friedland

(14. Juni 1807) im Frieden von Tilsit (7. Juli mit Rußland, 9. Juli mit Preußen) seine Erledigung fand.

Rußland hatte nämlich am Preßburger Frieden keinen Theil genommen, und den sogenannten Dubril'schen Friedensvertrag d. d. Paris den 20. Juli 1806 nicht ratificirt, war also noch in formellem Kriegszustande mit Napoleon, sowie in formellem Bündniß mit England, und schloß sich nun activ an Preußen an, und so finden wir in diesem Kriege die sonderbare, in der ganzen Weltgeschichte vielleicht einzige und nur aus den bligartig folgenden Ereignissen jener Zeit erklärliche Lage, daß Frankreich, England und Preußen gegenseitig mit einander im Kriege waren: Frankreich mit Preußen und England, England mit Frankreich und Preußen und Preußen mit Frankreich und England, während Rußland zwar mit Frankreich im Kriege, aber sowohl mit England als mit Preußen, die doch unter sich Krieg hatten, verbündet war. Aber der Krieg Englands gegen Preußen beschränkte sich freilich auf die Wegnahme einiger Handelschiffe, wie er von Anfang an ein politischer Fehler gewesen war. Das materielle Interesse Englands lag nicht in der Vernichtung Preußens, sondern in der Befiegung Napoleon's, und der Friede zwischen England und Preußen erfolgte daher auch sehr leicht (zu Memel am 28. Januar 1807, also 5 Monate vor dem Tilsiter Frieden) einfach auf Grund der Verzichtleistung Preußens auf Hannover.

Braunschweigs Lage während dieses Krieges war aber einfach die eines neutralen, durch die Auflösung des deutschen Reiches eben souverain gewordenen Staates, und es war ein ganz zufälliger Umstand, daß sein Fürst, seit langen Jahren preußischer Feldmarschall, als solcher jetzt die preußische Armee führte. Hätte er selbst darin irgend ein anderes Verhältniß, als ein rein militairisches gefunden: so würde er gewiß schon nach der englischen

Kriegserklärung diese Stellung aufgegeben haben; eben so wenig konnte es ihm einfallen, sie gegen Napoleon aufzugeben.

Und was würde es ihm geholfen haben? Sehen wir doch zu, wie Napoleon sich gegen die andern Fürsten, die seinem Rheinbunde nicht beigetreten waren, in diesem Kriege gestellt hat. Schon von Berlin aus, unterm 28. October 1806, also lange vor dem wirklichen Friedensschluß, erklärte er in einem Athem: 1) Braunschweig wegen des Kriegsdienstes, den sein Besitzer der Krone Preußen geleistet, für verfallen zu Frankreichs Händen, 2) die preussische Provinz Ostfriesland und 3) die (damals russische) Grafschaft Jever zum Königreich Holland geschlagen, 4) einige in Westphalen streitig gemachte Abtheilen dem Großherzoge von Berg zukommend und 5) Fulda (durch den Reichsdeputationshauptschluß von 1803 dem Hause Dranien zugetheilt) für verfallen zu Frankreichs Händen. Der Churfürst von Hessen hatte für diesen Krieg von Napoleon Neutralität verlangt und erhalten; gleichwol eröffnete ihm am 29. October der französische Gesandte durch ein kurzes Schreiben, daß Napoleon in ihm einen Feind erkenne und ihm überlasse, sich zur Wehre zu setzen, worauf der Churfürst sein Land verließ. Am 6. November ward Lübeck, weil es das Blücher'sche Corps (dessen es sich nicht erwehren konnte) aufgenommen hatte, einer dreitägigen Plünderung Preis gegeben; die Stadt Leipzig mußte, weil sie mit England Handel getrieben hatte, was bis dahin gar nicht verboten war, eine Buße von mehreren Millionen erlegen. Die Herzoge von Oldenburg und Sachsen-Coburg waren einfach weggejagt worden und beiden Fürsten von Mecklenburg nahm man ihr Land, zum Besten der ottomanischen Pforte, als Pfand für Rußlands Verfahren gegen die Moldau und Walachei. — Nur Chursachsen, das als gezwungener Bundesgenosse Preußens die Schlacht von Jena mitgemacht hatte, ward geschont und dann sogar gefördert, und der

Herzog von Weimar, der als preußischer General bei Auerstädt persönlich mitgefochten hatte, zog dadurch zwar Anfangs auch alle Schrecken des Krieges auf sein Land, erhielt dies selbst jedoch zurück, nachdem er das preußische Dienstverhältniß niedergelegt hatte. So sehr sollte eben Alles bloß von der Willkür und Laune des allmächtigen Gebieters abhängen.

So restituirte denn auch der Tilsiter Friede zwar die Herzoge von Mecklenburg, Oldenburg und Sachsen-Coburg, Mecklenburg und Oldenburg mit der Last, französische Besatzung an ihren Küsten zu unterhalten; die Häuser Hessen-Cassel aber, Nassau-Dränien und Braunschweig blieben ihres Erbes verlustig.

Preußen trat dann, um das gleich hier, soweit es in Betracht kommt, anzuknüpfen, durch den Tilsiter Frieden alle seine auf dem linken Ufer der Elbe belegenen Besitzungen (also nicht Hannover, auf das es schon durch den Memeler Frieden mit England verzichtet hatte) an Frankreich ab, seine polnischen Provinzen theilweise an Rußland und theilweise an das neugestiftete, dem Churfürsten von Sachsen übergebene Herzogthum Warschau und verlor Danzig mit seinem Gebiet zu einem — auf dem Papier — unabhängigen Freistaat. Rußland, das sich so auf Kosten seines Bundesgenossen bereicherte, erkannte, mit Preußen, dafür die Könige von Napoleon's Gnaden an: Joseph von Neapel und Ludwig von Holland, den ganzen Rheinbund und das neu zu bildende Königreich Westphalen, mit Napoleon's jüngstem Bruder an der Spitze.

Dies sogenannte Königreich Westphalen ward dann unterm 15. November 1807 errichtet. Seine Dotation bestand aus den braunschweig-wolfenbüttelschen, den churhessischen Landen (mit Ausnahme von Hanau und Kagenellenbogen), der preußischen Provinz Magdeburg und der Altmark (westlich der Elbe), Halberstadt mit Hohnstein, Hildesheim mit Goslar, Mansfeld,

Queblinburg, Eichsfeld mit Treffurt, Mühlhausen und Nordhausen, Stolberg-Bernigerode, Paderborn, Minden und Ravensberg, den hannoverschen Provinzen Göttingen, Grubenhagen mit Hohnstein und Elbingerode und Osnabrück, dem nassau-oranischen Fürstenthum Korvei und der Grafschaft Rietberg. Doch behielt sich der Kaiser die Hälfte aller Domainen (zu Dotationen) und die Besetzung Magdeburgs mit 12,500 Mann (die aber von Westphalen unterhalten, gekleidet und besoldet werden mußten) vor. Am 7. Dezember zog Jerome in seine Residenz Cassel ein.

Die restituirten Fürsten beider Mecklenburge, von Oldenburg und Sachsen-Coburg traten dem Rheinbund bei.

Der Herzog von Braunschweig, Carl Wilhelm Ferdinand, der sich nach der Schlacht von Jena nach Braunschweig hatte zurückbringen lassen, sandte von dort an Napoleon, erhielt aber eine so drohende Antwort, daß er fürchtete, als Staatsgefangener behandelt zu werden; deshalb flüchtete er, trotz seiner schweren Wunde, von Braunschweig nach Ottenen. Durch Decret von Berlin vom 28. October 1806 ward Braunschweig zu einer französischen Beute erklärt, und am 10. November starb der alte Herzog.

Er hatte vier Söhne gehabt. Sein ältester Sohn war schon vor ihm (im September 1806) kinderlos gestorben. Zwei andere litten an unheilbarer Blindheit, hatten auf die Regierung verzichtet und waren nie verheirathet; so war denn der vierte Prinz, Friedrich Wilhelm, des Vaters Nachfolger. Er hatte von einem Oheim im Jahre 1805 das Fürstenthum Dels in Schlesien ererbt, eine Standesherrschaft unter preussischer Souverainetät von 38 Quadratmeilen, 90,000 Einwohnern und 170,000 Gulden jährlicher Einkünfte, und hatte im Kriege von 1806 gleichfalls gegen Frankreich gedient im Corps des Herzogs von Weimar, das er nach der Schlacht von Auerstädt führte, und theilte nach dessen Vereinigung mit dem Blücherschen Corps (bei Dambach) dessen

Capitulation nach der Einnahme Lübeck's. An seine Restitution war also nicht zu denken; der Tilfiter Friede erwähnte seiner so wenig wie der Churfürsten von Hannover und Hessen, und so zog er sich, da er mit einer badischen Prinzessin vermählt war, einstweilen nach Bruchsal zurück. Er war geboren am 15. Januar 1776, also beim Tode seines Vaters 30 Jahre alt, und hatte zwei Söhne: Carl, geboren 1804 und Wilhelm, geboren 25. April 1806. Seine damals noch lebende Mutter, Auguste Friederike, war eine Schwester Georg's III. von England.

Oesterreich, niedergeschmettert durch den Preßburger Frieden vom 26. December 1805, hatte bei allen diesen Ereignissen den müßigen Zuschauer gemacht und mußte Napoleon auch ferner gewähren lassen, der nun sich sofort wieder dem Süden Europas zuwandte. Wir wollen hier bloß die einfachen chronologischen Data hersetzen:

1807 Octbr. 27. Vertrag von Fontainebleau zwischen Napoleon und Spanien (unter dem Friedensfürsten) über die Theilung Portugals. Die Königin von Etrurien sollte dort entschädigt werden; aber ehe diese Entschädigung eintrat (und sie ist nie eingetreten)

„ December 16. Einziehung des Königreichs Etrurien zum Königreich Italien.

1808 im Februar Besetzung Roms durch General Miollis.

„ April 2. Decret von St. Cloud wegen Einverleibung der päpstlichen Provinzen Urbino, Ancona, Macerata und Camerino in das Königreich Italien.

„ Mai 5. Vertrag von Bayonne und Besitzergreifung Spaniens.

„ Juni 6. Joseph Napoleon, bisher König von Neapel, wird König von Spanien.

„ Juni 15. Joachim Murat, bisher Großherzog von Berg,

wird König von Neapel und tritt dafür sein Großherzogthum Berg an Napoleon ab. Darauf

1808 im October Zusammenkunft Napoleon's mit Alexander in Erfurt, das Napoleon für sich behalten hatte, als etwaigen Kern einer größern unmittelbaren Herrschaft, und erst

„ im November Räumung Preußens, das von dem Frieden von Tilsit an bis dahin unter unerschwinglichen Contributionen und Verationen aller Art geschmachtet hatte, auf Grund einer nachträglichen Convention d. d. Paris 20. September 1808.

„ November 27. schiffte der Prinz-Regent von Portugal sich ein nach Brasilien, und sofort

„ December 1. Junot's Decret: Das Haus Braganza habe aufgehört zu regieren. — Napoleon selbst aber decretirt — in einer ganz neuen völkerrechtlichen Theorie —

„ December 1. aus Madrid, daß der preußische Minister, le nommé Stein, in die französische Acht erklärt sei, weil er als preußischer Minister unter der Hand gegen Frankreich wirke.

Das war denn freilich mehr als genug zu allgemeiner Erbitterung, auf deren Grunde nun Oesterreich am 6. April 1809 seinen vierten (punischen) Krieg — wie Napoleon ihn später nannte — erklärte. Allgemein zuckte das Feuer auf, gleichiam als Naturkraft, und darum freilich nicht überall in den glatten Formen herkömmlichen Rechtes. So erhob sich Tyrol, so zog Schill von Berlin aus, so floh Jerome vor Dörnberg's Aufstande, und so litt es auch den Herzog Friedrich Wilhelm nicht länger in der aufgedrängten Ruhe. Doch nahm er, so gut er konnte, die völkerrechtlichen Formen an. Er organisirte als Herzog von Braunschweig-Verden unabhängig und auf eigene Kosten, aber als Bundesgenosse Oesterreichs, ein Freicorps in Böhmen, von wo er mit den Oesterreichern über Dresden Westphalen zu bedrohen

gedachte. Der Sieg von Aspern und Esslingen (21/22. Mai 1809) schien eine neue Morgenröthe zu verkünden, aber die Unglückstage von Wagram (5/6. Juli) vernichteten diese Hoffnung wieder und führten am 12. Juli den Waffenstillstand von Znaim, und unterm 14. October 1809 den traurigen sogenannten Wiener (eigentlich Schönbrunner) Frieden herbei.

Die geschehene einfache Erzählung der nackten Thatfachen beweiset zur Genüge, daß Napoleon seinerseits das Völkerrecht nicht im mindesten achtete, wenn die Mißachtung desselben ihm Vortheil brachte; aber er verstand vortrefflich es zu citiren, wenn es ihm eben paßte. Schill war am 31. Mai in Stralsund gefallen, und die nicht mit ihm gefallen, sondern gefangen waren, erwartete ein strenges Kriegsgericht; Dörnberg war eben zu Friedrich Wilhelm selbst entflohen, um dem Todesurtheil, das alsbald über ihn gesprochen ward, zu entgehen und Hofer's gleiches Schicksal, sobald man seiner habhaft werden würde, ließ sich voraussehen. Friedrich Wilhelm mußte also beim Waffenstillstande von Znaim als Bundesgenosse Oesterreichs anerkannt werden, oder eine gleiche Behandlung erwarten. Napoleon bot ein Drittes, nämlich zwar die Aufnahme des Herzogs und seines Corps in den Waffenstillstand, aber nicht als eines unabhängigen Fürsten mit einem unabhängigen Corps, sondern als in österreichischen Diensten stehend. Dies verschmähte des Herzogs Stolz, er entsagte dem Bündniß mit Oesterreich, und führte nun in der von ihm behaupteten und aufrecht erhaltenen Eigenschaft eines unabhängigen deutschen Fürsten und Heerführers seinen berühmten Zug quer durch Deutschland aus, um England, mit dem er stets in geheimer Verbindung geblieben war, zu erreichen. Auf diesem Zuge erreichte er, nach der Einnahme von Halberstadt am 30. Juli, am 31. Juli 1809 sein Herzogthum und seine Stadt Braunschweig, ergriff sofort in aller Form Rechtens den

Besitz seiner Lande, schlug am 1. August den Feind bei Delper, erreichte am 6. Elsfleth, wo er sich am 7. unter englischer Flagge einschiffte, und so am 8. Helgoland, von wo ihn am 11. englische Schiffe nach England brachten. Hier wurde er mit großem Jubel aufgenommen; er selbst erhielt vom Parlamente eine jährliche Apanage von 6000 Livrs. Sterl. bis zur Rückkehr in seine Staaten, sein Corps aber ward sofort in englischen Sold genommen, und socht nach wie vor gegen Napoleon, nun aber in Portugal und Spanien.

Der Friede von Schönbrunn (vom 14. October 1809) hatte natürlich nichts zu Gunsten des Herzogs bedingen, ihm aber auch nichts mehr nehmen können. Er wurde einfach darin ignorirt, und Napoleon durfte auf dem Continente nun fast noch willkürlicher als vorher schalten. Alexander war bei guter Laune, indem er eben (17. September 1809) durch den Frieden von Friedrichshamm von Schweden das lang ersehnte Finnland erhalten hatte, und da man in Schweden den farrsten Feind Napoleon's, Gustav Adolf IV., durch eine Revolution beseitigte, zeigte sich Napoleon seinerseits gegen Schweden großmüthig, und stellte (durch den Frieden von Jonköping vom 10. December 1809) Pommern an Schweden zurück, wofür dann dieses (im Juni 1810) einen französischen Marschall zu seinem Kronprinzen annahm.

Er selbst ließ sich von seiner Josephine scheiden, und vermählte sich (11. März 1810) mit der Erzherzogin Marie Louise.

Am 14. Januar 1810 überließ er dem Königreich Westphalen für die im letzten österreichischen Kriege bewiesene Anstrengung die noch übrigen Provinzen von Hannover und verwandelte den durch Hanau und Fulda vergrößerten Staat des Fürsten Primas in ein weltliches Großherzogthum Frankfurt. Dann aber erfolgte

1810 Juli 9. die Incorporirung Hollands in Frankreich, womit zuerst auch formell die so viel gepriesene natürliche Grenze des Rheins überschritten ward (der holländische Kronprinz ward, da der Vater schlechthin abdankte, Großherzog von Berg);

„ Nov. 12. ward der Canton Wallis zu einem französischen Departement erklärt, und da der Rhein nun doch einmal zu eng geworden war, wurde durch ein einfaches Decret Napoleon's von

„ Decbr. 10. der ganze Nordwesten Deutschlands bis nach Lübeck dem französischen Kaiserreiche incorporirt. Dadurch verlor Westphalen nicht bloß den größten Theil des ihm eben geschenkten Hannovers wieder, sondern auch von der ersten Dotation die Provinzen Osnabrück, Minden und einen Theil der Grafschaft Ravensberg; die freien Hansestädte Bremen, Hamburg und Lübeck erhielten französische Verwaltung und auch die Rheinbundfürsten von Salm und Kyrburg, Aremberg und Oldenburg (Rußlands Vetter) wurden ohne Umstände entfernt, indem man ihnen bloß eine unbestimmte Aussicht auf einstige Entschädigung ließ. Dem Herzog von Oldenburg deutete man Erfurt als solche an, aber dieser brave Fürst lehnte jede derartige Entschädigung rund ab, da ihn nicht nach Unterthanen verlange, die er nicht kenne und die ihn nicht kannten. Er trat lieber als General in russische Dienste und kehrte so im Jahr 1813 zurück.

Erwähnen wir noch, daß am 20. März 1811 der König von Rom geboren wurde: so finden wir zu dieser Zeit Napoleon auf der Höhe einer Macht und scheinbar eines Glückes, wie sie kaum alle Jahrtausende einmal von der Vorsehung auf das Haupt Eines Sterblichen gehäuft werden, und anscheinend sicher, da nur

noch mit England Krieg bestand, der im fernen Portugal sich mit Mühe behauptete.

Auf dieser Höhe wollen wir denn einen Augenblick inne halten, um die von unserm Autor so stark betonte Anerkennung des Königreichs Westphalen von Seiten aller Continentalmächte zu würdigen. Ob die Thatsache richtig, muß ich dahin gestellt sein lassen, da ich den Text der sämmtlichen betreffenden Friedensschlüsse nicht gleich vor Augen habe. Es ist möglich, daß Oesterreich, Schweden und Dänemark in ihren spätern Friedensschlüssen diese Anerkennung ausdrücklich ausgesprochen haben, möglich aber auch das Gegentheil, da Napoleon übermüthig genug war, eine Anerkennung seiner Schöpfungen für ganz überflüssig zu halten (wie schon einmal im Frieden von Campoformio hinsichtlich der französischen Republik). Thatsächlich — durch gegenseitige Besichtigung von Gesandten — wird jedoch wol die Anerkennung stattgefunden haben. In der That kommen aber dann nur Rußland, Preußen, Oesterreich und Dänemark in Betracht, da Schwedens Anerkennung jedenfalls erst unter Bernadotte erfolgt sein kann, und sämmtliche übrige Staaten des Continents lediglich Dependenzien Napoleon's waren. Versagt aber ward die Anerkennung jedenfalls von England, den Häusern Braganza in Brasilien, Savoyen in Sardinien, Bourbon=Neapel in Sicilien und der factisch in Spanien im Namen der alten Dynastie regierenden sogenannten Regierungsjunta, und wahrscheinlich ist sie auch nicht von Seiten der Türkei erfolgt, die damals noch nicht im europäischen Concert war. Die Anerkennung von Seiten Hollands war aber außerdem paralyßirt durch den Prinzen von Oranien, der in England war, und in Beziehung auf die einzelnen Bestandtheile des Königreichs Westphalen lag der bestimmte Protest Churheffens, Hannovers und Braunschweigs vor.

Und so unsicher war der Besitz dieser unter dem Namen eines Königreichs zusammengewürfelten Ländermasse, daß schon im Jahre 1809 der Herzog von Braunschweig, wie erzählt worden, von seinem Lande factischen Besitz ergreifen konnte, und selbst Napoleon's ganze Riesenmacht war doch in sich so hohl, daß sie nach zwei unglücklichen Feldzügen (1812 und 1813) Stück für Stück zerbröckelte, als die große vierte Coalition gegen ihn zusammentrat. Zunächst das Herzogthum Warschau, indem Rußland und Preußen ihre vormaligen Provinzen zurücknahmen. Danzig hielt sich nur als Festung, kehrte aber mit dem Frieden ohne weiteres unter preußische Hoheit zurück. Auf deutschem Boden lösten sich alle fremdländischen Behörden auf und entflohen, wo nur ein Pulk Kosaken sich sehen ließ. Jerome selbst ergriff schon auf die bloße Nachricht von der Leipziger Schlacht die Flucht, um nie wiederzukehren, und jeder Betheiligte nahm von seinem ephemeren Königreiche, nach dem einfachen Grundsatz, daß das Recht der Gewalt mit ihrer Uebermacht aufhöre, das Seinige zurück, so Preußen selbst, Oldenburg, Hannover, Hessen und Braunschweig. Auch die Senate von Lübeck und Bremen lebten ohne weiteres wieder auf (nur Hamburg, von Davoust besetzt, mußte bis zum Frieden aushalten), und eben so ward Holland durch den Prinzen von Oranien wieder in Besitz genommen, so Portugal und Spanien für ihre alten Dynastien und auch in Italien folgten die alten Herrscher den weichenden Franzosen, mit alleiniger Ausnahme des Königs Murat von Neapel, der von Oesterreich als Bundesgenosse unter Garantie seines Königreichs angenommen ward, trotzdem aber seine Anerkennung bei den andern Mächten nicht durchsetzen konnte, und schließlich auch seinen Staat an den alten Beherrscher verlor. Nur Bernadotte blieb Kronprinz von Schweden, weil er keine reine Schöpfung Napoleon's, vielmehr das Haus Wasa durch das schwedische Volk selbst beseitigt worden

war, und erhielt von Dänemark Norwegen für Schwedisch-Pommern kraft besonderer Verträge, so wie Alexander kraft des Friedens von Friedrichshamm im Besitze von Finnland blieb. Der Zusammensturz betraf eben nur die napoleonischen Schöpfungen, aber diese von Grund aus.

Mit diesem factischen Untergange derselben vernichtete der Pariser Friede vom 30. Mai 1814 selbstredend und ausdrücklich alle desfalligen ältern Friedensschlüsse, und beschränkte Frankreich ungefähr auf seine alten Grenzen. Das übrige Chaos von Staatentrümmern konnte aber, da Alles zerfahren und selbst während des letzten Krieges durch einseitige Bündnisse vielfach verzwickt worden war, nicht sofort geordnet werden, sondern ward für Deutschland durch den 6. Artikel, für die große Politik durch den 32., den Wiener Verhandlungen überwiesen, wo dann der Grundsatz der Legitimität in die vorderste Reihe, als zweiter Gesichtspunkt aber Lohn und Strafe nach Maaßgabe der Betheiligung am Befreiungskampf eintrat, und so verlor Thurfachsen die Hälfte seines Gebiets, und wurden viele kleinere Staaten und Gebiete ganz mediatistirt.

Der Artikel des Pariser Friedens aber, der hier besonders in Betracht kommt, lautet so:

Article additionnel au traité avec la Prusse.

Quoique le traité de paix conclu à Bâle le 5. avril 1795, celui de Tilsitt du 9. juillet 1807, la convention de Paris du 20. sept. 1808 ainsi que toutes les conventions et actes quelconques conclus depuis la paix de Bâle entre la Prusse et la France soient déjà annullées de fait par le présent traité, les hautes parties contractantes ont jugé néanmoins à propos de déclarer encore expressément, que les dits traités cessent d'être obligatoires

pour tous leurs articles, tant patens que secrets, et qu'elles renoncent mutuellement à tout droit et se dégagent de toute obligation, qui pourraient en découler.

Ein gleicher Additional=Artikel annullirte für Oesterreich die Friedensschlüsse von 1805 und 9.

Die weitere Ausführung dieser Bestimmungen in der Wiener Congreßacte erwähnte dann, wie gesagt, des Herzogs von Braunschweig nur als Mitgliedes des deutschen Bundes (für seine alten, von ihm bereits wieder in Besitz genommenen Lande), und die Restitution des alten Zustandes geschah — selbst für die durch Friedensschlüsse abgetretenen Lande — so streng, daß z. B. für das Fürstenthum Ostfriesland und Harlingerland, das nach dem Tilfiter Frieden von Napoleon zu Holland gelegt, dann aber mit Holland Frankreich incorporirt worden war, und nach der Restitution an Preußen von dieser Krone an Hannover abgetreten wurde, bei dieser Abtretung die Rechte der alten ostfriesischen, im holländischen und französischen Reiche völlig untergegangenen, nun aber als von selbst wieder aufgelebt gedachten Stände ausdrücklich vorbehalten wurden. *Les états de la principauté (d'Ost-Frise) conserveront leurs droits et privilèges* (Artikel 27 ad 3 der Wiener Congreßacte.)

Auf dieser historischen Grundlage behauptet nun gleichwol unser Verfasser:

Ad. 1.

Es möge allerdings völkerrechtswidrig gewesen sein, daß Napoleon Braunschweig occupirt habe, bloß um deswillen, weil sein Souverain preussischer Feldmarschall gewesen —

wir acceptiren das, ohne es im geringsten zu bezweifeln;

aber es genüge, daß Napoleon diese Ansicht gehegt, oder zu hegen vorgegeben habe —

(der Verfasser ist in dieser alternativen Annahme offenbar sehr liberal)

den n jeder kriegsführende Theil habe nach dem Völkerrechte die Vermuthung des Rechts in Anspruch zu nehmen, bis der Sieg entscheide —

d. h. bis die Gewalt einen factischen Zustand schafft, der im Laufe der Zeit als Rechts-Basis angenommen werden muß.

Was soll das aber hier, da Napoleon mit Braunschweig gar nicht in Krieg verwickelt war?! Frankreich war im Kriege mit Preußen und dessen Bundesgenossen: Chursachsen und Rußland, aber nicht mit Braunschweig, nicht mit Weimar, an welche nie eine Kriegserklärung ergangen war, und deren Unterthanen auch nie als solche zur preussischen Streitmacht gezogen waren.

Die Beraubung des Landes — durch ein bloßes Decret, vor dem Friedensschluß — hat daher mit dem Kriege nichts zu thun, sondern erscheint höchstens als eine Buße, die der Sieger einem Generale der besiegten Armee auflegte; etwa um deswillen, weil dieser General kein preussischer Unterthan war. Es ist aber nirgends im Völkerrecht verboten, freiwillig in einer fremden Armee zu dienen, so lange sie nur nicht das eigene Vaterland bekämpft. Und wollte Napoleon selbst den General in eigener Person strafen: so durfte sich doch diese Strafe nicht auf Unschuldige, also namentlich nicht auf sein Land erstrecken, und eben so wenig auf seinen Sohn, der den Krieg keinesfalls en souverain mitgemacht hatte, der als Soldat unter dem Schutze der Blücherschen Capitulation stand, und auf dessen eigne Person als solche Napoleon sie auch

niemals ausgedehnt hat. — Am wenigsten aber durfte die Strafe die Enkel treffen.

Ad 2.

Braunschweig, das nie mit Napoleon im Kriege war, konnte also auch nie eine „rechtmäßige“ Beute des Siegers über Preußen werden, und die Occupation desselben blieb um so mehr ein bloß factischer Zustand, als es nicht einmal im Frieden von Tilsit erwähnt, geschweige denn förmlich abgetreten wurde.

Der Verfasser meint freilich: eine Eroberung werde rechtmäßig entweder durch Abtretung beim Frieden, oder aber wenn das ganze Land erobert werde; er vergißt aber leider die Voraussetzung, daß einer solchen Eroberung des ganzen Landes eine Kriegserklärung, oder doch mindestens ein Kriegszustand habe vorhergehen müssen. Und selbst im Sinne des Verfassers, ohne diese entschieden nothwendige Voraussetzung, wäre seine Behauptung an und für sich nur in beschränktem Sinne wahr, und im vorliegenden Falle nicht wahr. Denn so sagt Battel (livre III. chap. XIII. §. 197):

Les Immeubles passent sous la Puissance de l'Ennemi, qui s'en empare, mais l'acquisition ne se consomme, la propriété ne devient stable et parfaite, que par le Traité de Paix, ou par l'entière soumission et l'extinction de l'Etat — — — jusqu'à ce que le Souverain, — soumis sans retour, y ait perdu sa Souveraineté. Car tant que la Guerre continue, tandis que le Souverain conserve l'espérance de recouvrer ses Possessions par les armes — il ne peut perdre ses droits.

Wir haben aber gesehen, daß der Herzog Friedrich Wilhelm seinerseits stets im Kriegszustande gegen Napoleon verblieben ist und daß er nicht allein nie die Hoffnung aufgegeben hat, sein

Land wieder zu erobern, sondern daß ihm dieß auch zeitweilig im Jahr 1809 und schließlich im Jahr 1813 gelungen ist.

Ad 3.

Aber freilich soll er nach der Ansicht des Verfassers bloßer Prätendent gewesen, und als solcher zur Kriegführung nicht berechtigt gewesen sein. Diese Theorie des Verfassers ist an und für sich sehr gewagt, und im Völkerrechte noch nicht reif. Wollte man sie unbedingt gelten lassen: so wäre Conradin von Schwaben von Carl von Anjou mit vollem Rechte hingerichtet worden, so wären die Schotten, die sich dem vertriebenen Stuart anschlossen, unbedingt Rebellen, Räuber und Mörder und als solche zu behandeln gewesen, so wären in diesem Augenblick die vertriebenen italienischen Fürsten Hochverräther, wenn sie den geringsten Versuch machten, ihre Staaten wieder zu erlangen — es ist klar, daß die Ansicht unsres Verfassers hier zu weit griffe, und die richtige Grenze liegt eben schon in dem ad 2 Angeführten: der Fürst muß nicht allein das ganze Land, sondern selbst die Hoffnung der Wiederkehr verloren haben, und namentlich darf der Krieg nicht noch fortgesetzt werden. Ob dieß letztere aber durch ihn selbst, oder seine Bundesgenossen geschieht, ist gleichgültig, da Beide, dem Feinde gegenüber, solidarisch berechtigt und verpflichtet sind. Ueberhaupt aber kann die Beschränkung des vertriebenen Fürsten auf die Rolle eines Prätendenten erst dann eintreten, wenn der neue factische Zustand sich eingelebt, und durch die Anerkennung der andern Mächte seine Sanction erhalten hat. So sind freilich jetzt beide Linien der Bourbons bloße Prätendenten gegen Napoleon III.; so waren Louis Napoleon selbst und die Herzogin von Berry bloße Prätendenten gegen Louis Philipp, so war es kürzlich der Graf von Montemolin gegen Spanien, so ist es Dom Miguel gegen Portugal, Gustav Wasa gegen Schweden.

Aber alles dieses paßt auf den Herzog von Braunschweig nicht. Ich habe nachgewiesen, daß er ursprünglich mit Napoleon nicht im Kriege gewesen war, die Occupation Braunschweigs also unter keinen angeführten Umständen jemals etwas andres als ein bloß factischer Zustand werden konnte, und ich halte hieran entschieden fest; aber selbst einmal angenommen, daß Napoleon mit Braunschweig, als Quasi-Bundesgenossen der Preußen, im Kriege gewesen, und also zur Occupation des Landes berechtigt gewesen wäre: so blieb Napoleon auch im Kriege mit ihm, da er in Tilsit mit ihm keinen Frieden schloß. Und der Herzog Friedrich Wilhelm war eben so weit entfernt, sich ihm freiwillig zu unterwerfen. Es kommt hinzu, daß er als Besizer des, wenn auch nicht souverainen, Fürstenthums Delz doch immer einige Mittel behielt, den Krieg zwar nicht selbstständig fortzusetzen, aber doch bei gelegener Zeit selbstständig wieder aufzunehmen, daß er selbst Agnat und Nefte des Königs von England war, und daß England fortwährend im Kriege mit Frankreich verblieb. War sein Vater also ein Quasi-Bundesgenosse der Preußen gewesen: so wurde und blieb er selbst nun ein Quasi-Bundesgenosse der Engländer, seit deren Frieden mit Preußen, und durfte als solcher mit demselben Rechte sein Land wieder erobern, mit welchem es seinem Vater genommen war. Thatsache aber ist, daß Oesterreich ihn im Kriege von 1809 nicht bloß als Quasi-, sondern als wirklichen Bundesgenossen zuließ, und mußte es ihn auch als solchen im Waffenstillstande von Znaim gegen Napoleon's Widerspruch fallen lassen: so machte das darum noch nicht Napoleon's Ansicht zur richtigen, die vielmehr in ihrem eignen Dilemma als die irrige befangen blieb, und änderte noch weniger das völkerrechtliche Verhältniß, in dem der Herzog bis dahin zu Oesterreich gestanden hatte, und so war er, indem er nun dem Bündnisse mit Oesterreich entsagte, völlig berechtigt, den Krieg auf

eigne Hand fortzusetzen, und ist in dieser Beziehung mit Schill und Dörnberg durchaus nicht in gleiche Linie zu stellen. Ob Napoleon die Sache so angesehen haben würde, wenn der Herzog unglücklich genug gewesen wäre, in seine Hand zu fallen, mag freilich dahin gestellt bleiben; er hatte sich mit dem Herzog von Enghien schon mehr erlaubt; doch ließ er in einem, dem unsern sehr analogen Falle, als nach seiner Rückkehr von Elba der Herzog von Angoulême im südlichen Frankreich mit den Waffen in der Hand gefangen wurde, diesen bloß über die nächste Grenze bringen, obwol Napoleon damals die Bourbons noch besonders bei Todesstrafe verbannt hatte. Was der Herzog selbst von Napoleon zu befahren gehabt hätte, mag also zweifelhaft sein, aber niemals kann Napoleon's durchaus willkürliche Handhabung des Völkerrechts, außer in seiner Retorik gegen ihn selbst, irgendwie maßgebend sein.

Ad 4.

Wenn aber der Verfasser sogar so weit geht, zu behaupten, daß auf Seiten des Herzogs von Braunschweig selbst die Rolle eines Prätendenten mit der Incorporirung Braunschweigs in ein größeres Königreich ihre Endschafft gefunden habe: so ist das ein so hohler Sophismus, wie er jemals für eine unrettbare Sache gebraucht werden kann. Im Gegentheil berechtigte die geschehene Incorporirung seines Landes den Herzog ganz entschieden, nunmehr das größere Ganze zu bekriegen, es, wenn er konnte, zu erobern; und eventuell selbst nach dem Rechte der Eroberung zu behalten. Zur Eroberung des Königreichs Westphalen kam es nun freilich diesmal (1809) noch nicht, wol aber zur Eroberung und Besitzergreifung Braunschweigs, und wie flüchtig sie war: so lieferte sie doch in der Leichtigkeit, mit der sie geschah, und in dem Jubel, mit dem der Herzog von seinem treuen Volke aufgez-

nommen wurde, den deutlichen Beweis, wie wenig erst die Zustände im Königreich Westphalen sich befestigt hatten. Und eben so beweiset des Herzogs glückliches Entkommen nach England, unter englischer Flagge und auf englischen Schiffen, so wie sein ganzer Empfang daselbst, daß er — was auch sonst hinreichend bekannt — stets in geheimem Einverständnisse mit England, und also wiederum in einer gewissen Bundesgenossenschaft mit ihm gehandelt hatte.

Ad 5.

Von nun an aber tritt er als offener Alliirter Englands auf, und verharret mit ihm gegen Napoleon im Kriege; und dieser Krieg führt ihn schließlich (22. December 1813) definitiv in sein Land zurück, und nun an der Spitze seines jubelnden Volks zum Pariser Frieden, der sämtliche napoleonische Verträge auch formell annullirt, und zum Wiener Congreß, auf dem er als Mitpaciscent der deutschen Bundesacte erscheint. — Acht Tage weiter, und sein Land hatte einen Helden zu betrauern, der ein Leben voll männlicher Festigkeit und Consequenz mit seinem Blute auf dem Schlachtfelde besiegelte. Zu dem schon erworbenen Ruhme bedurfte er dessen nicht; in einer Zeit, wo auch die Stärkern verzagten, ragte der Herzog ungebeugt wie eine Warte hervor; doch aber verklärte ihn noch der Tod, der sich so ähnlich und so würdig dem ganzen ruhmvollen Leben anschloß, und enthob ihn rasch dem Wirrsal der täglichen und kleinlichen Interessen.

Was unsterblich im Gefang soll leben,
Muß im Leben untergehn.

Diese tief poetische Wahrheit bewährte sich auch an ihm, und unter den vielen tüchtigen Welfen des braunschweigischen Hauses ist Friedrich Wilhelm seinem Volke die höchste und liebste Gestalt geworden und geblieben.

Und der Continuität und Folgerichtigkeit eines solchen Lebens gegenüber läßt sich nun unser Verfasser durch leidige Sophismen hinreißen, zu behaupten: der Herzog habe die Wiedererlangung seines Landes nur einer neuen Verleihung von Seiten der Großmächte zu danken, wodurch denn, wie durch eine politische Novation, da kein Vorbehalt gemacht worden, die alten Beziehungen Braunschweigs erloschen seien. Nur Schade, daß der Verfasser uns gänzlich den Beweis der Thatsache einer neuen Verleihung schuldig bleibt. Er sagt selbst (S. 13), es sei nur gleichsam so. Eine solche Thatsache läßt sich nicht deduciren — und selbst seine Deduction ist, wie wir gesehen haben, irrig —, sondern sie muß existiren, und das thut sie eben nicht. Der Herzog nahm sein Land thatsächlich vermöge alten Rechts wieder in Besitz und trat mit mehr Recht als selbst die Großmächte Rußland, Preußen und Oesterreich, die ihre Länder durch Friedensschlüsse abgetreten hatten, in sein altes Verhältniß wieder ein, hierin ganz gleich mit den Churfürsten von Hannover und Hessen, dem Herzog von Oldenburg und den Senaten der Hansestädte, und so durfte er z. B. die Domainenverkäufe in seinem Lande rückgängig machen, was Preußen in seinen abgetretenen, nun wieder erlangten Provinzen nicht konnte. Es war eben das völkerrechtliche *jus postliminii*, vermöge dessen der Herzog wieder eintrat, und das ist gerade das Gegentheil einer Novation, nämlich Wiederherstellung des alten Zustandes.

Postliminium est jus amissae rei recipiendae ab extraneo, et in statum pristinum restituendae, inter nos ac liberos populos regesque moribus, legibus constitutum. Nam quod bello amisimus, aut etiam citra bellum, hoc, si rursus recipiamus, dicimur postliminio recipere. Idque naturali aequitate introductum est, ut, qui per injuriam ab extraneis detinebatur, is, ubi in fines suos

redisset, pristinum jus suum reciperet (l. 19 pr. D. de captivis et de postliminio 49, 15.)

und Battel (3, 14. §. 204):

Le droit de Postliminie est ce droit, en vertu duquel les personnes et les choses prises par l'Ennemi, sont rendues à leur premier état, quand elles reviennent sous la Puissance de la Nation, à laquelle elles appartenaient.

Der Verfasser, der wol fühlt, daß hier der Cardinalpunkt der Entscheidung liegt, übergeht das jus postliminii gänzlich mit Stillschweigen, und da er es nicht widerlegen kann, escamotirt er gleichsam den ganzen Begriff, um dafür die ganz willkürliche Fiction einer neuen Verleihung zu substituiren. So wollen wir denn statt seiner nachweisen, daß das jus postliminii in unserm Falle nach allem gefundenen Völkerrechte Statt hatte.

So sagt Hugo Grotius de jure belli et pacis (lib. 3. cap. 9. §. 6. ad 1):

Liber homo, postquam ad suos rediit, non se tantum sibi acquirit (wenn er gefangen war), sed et res omnes, quas habuerat apud populos pacatos, sive corporales, sive incorporales.

u. das. §. 9. ad 1:

Quod de singulis personis diximus, idem et in populis locum habere arbitror, ut qui liberi fuerunt, suam recipiant libertatem, si forte eos vis sociorum eximat hostili imperio;

und daß die Hülfe der Bundesgenossen hierbei keinen Unterschied mache, untersucht und bejaht er noch weiter in §. 12; und ein Commentator (Henniges) bemerkt dazu:

Si is, qui imperium in civitatem habuit, nondum dominationi violenti invasoris consensit, vel ipse non

captus est, consentio cum Grotio. Sive enim hoc casu subactam civitatem prior imperans vel alius quis jugo injusti possessoris liberaverit, rerum summa ad legitimum Principem quasi postliminio redit;

und Battel §. 207:

Ceux, qui se joignent à nous, pour faire la Guerre, ne font avec nous qu'un même parti; la Cause est commune, le Droit est un; ils sont considérés comme ne faisant qu'un avec nous. — Le Droit de Postliminie a donc lieu dans les mains de ceux, qui font la Guerre avec nous; les personnes et les choses, qu'ils délivrent des mains de l'Ennemi, doivent être remises dans leur premier état.

Es ist also kein Zweifel, daß in der Person des Herzogs die alten Rechte wieder auflebten oder vielmehr nie verloren gegangen waren, und darauf kommt es hier an. Es ist aber eine zweite Finte des Verfassers, daß er die Frage, die an und für sich lediglich eine Frage des Privat-Fürstenrechts ist, unvermerkt auf das Gebiet des Staatsrechtes hinüber zu spielen sucht. Beide Rechtssysteme gehen zwar vielfach Hand in Hand, sind jedoch theoretisch immer getrennt zu halten. So protestiren z. B. jetzt gegen die Incorporation Schleswigs in das Königreich Dänemark einestheils die holstein-gottorp'schen Agnaten auf Grund ihres eventuellen Erbrechts, nicht weil dasselbe durch die Incorporation als Recht verloren gehen könnte, sondern damit seine Ausübung seiner Zeit keinen factischen Widerstand finde, und anderntheils in gleicher Selbstständigkeit die schleswigschen Stände auf Grund ihrer staatsrechtlichen Verbindung mit Holstein. Die Selbstständigkeit beider Gesichtspunkte, der Rechte des Landes und der des Fürsten, zeigt sich am schlagendsten darin, daß sie manchmal in Conflict kommen können, selbst bis zu Revolutionen.

Die Frage, in wie fern ein incorporirter Staat unabhängig vom Fürsten nach der Befreiung vom feindlichen Joche in seine alten Verhältnisse zurücktrete, ist daher immer eine ganz andere als die, welche Rechte der Fürst an diesem Staate habe. So kann z. B. ein Staat, der sich feig oder gar verrätherisch dem Feinde unterworfen hat, vom rückkehrenden Fürsten vielleicht gar zur Verantwortung und Strafe gezogen werden, er kann ihm etwa seine alten Freiheiten, seine Stände u. dgl. zur Strafe entziehen. Oder betrachten wir einen Freistaat: so muß er sich's möglicherweise gefallen lassen, die Schicksale des Ganzen, dessen Theil er nun bildete, mit zu erfahren; er kann also möglicherweise mit dem Ganzen erobert und für den Eroberer in Besitz genommen werden. Aber das ist nicht die Frage, auf die es hier — wenigstens zunächst — ankommt, und selbst diese Frage ist durchaus nicht im Sinne des Verfassers zu beantworten, und thatsächlich im Kriege von 1813 nicht so beantwortet worden. Es kommt hier, wie oben bei den Prätendenten hervorgehoben wurde, Alles darauf an, daß die Unterwerfung schon längere Zeit und unter Umständen bestanden habe, die alle Hoffnung auf Rückkehr in die alten Verhältnisse abgeschnitten, und den neuen Reichsverband als ein nicht mehr Aufgezwungenes, als ein Eingelebtes erscheinen lasse.

Battel untersucht diese Frage sehr genau (§. 213) und kommt zu dem Resultat:

Si cet État subjugué n'a point encore donné les mains à sa nouvelle sujétion, s'il ne s'est pas rendu volontairement, et s'il a seulement cessé de résister, par impuissance; si son Vainqueur n'a point quitté l'épée de Conquérant, pour prendre le sceptre d'un Souverain équitable et pacifique; ce Peuple n'est pas véritablement soumis, il est seulement vaincu et opprimé, et lorsque les armes d'un Allié le délivrent, il retourne

sans doute à son premier état. Son Allié ne peut devenir son Conquérant; c'est un Libérateur, qu'il est seulement obligé de récompenser.

Selbst ein nicht alliirter Befreier, fährt er dann fort, der den befreiten Staat sich zueignen wollte, würde sich solchenfalls nur an die Stelle des ersten Eroberers setzen und ein neuer Feind des auf's neue unterdrückten Staats werden. Daher ist auch hier der Schluß:

S'il (l'état) avoit été opprimé injustement, celui qui l'arrache au joug de l'oppresser, doit le rétablir genereusement dans tous ses Droits.

Wie wenig aber das Königreich Westphalen sich in die Herzen und Verhältnisse der neuen Unterthanen eingelebt hatte, da es eigentlich — trotz ständischer Einrichtung und diplomatischer Formen nie von Napoleon unabhängig war, und im Frieden, wie namentlich in den Kriegen von 1809 und 1812 die schwersten Opfer bringen mußte, zeigte recht auffallend seine sofortige Auflösung und Zerbröckelung in die zusammengeleimten Bestandtheile unmittelbar nach der Schlacht von Leipzig, noch ehe einmal die verbündeten Heere das Land besetzten, und die bloße Thatsache der sofortigen Wiederherstellung aller frühern Regierungsgewalten sowie der Jubel des ganzen Volks, mit dem die „Befreier“ aufgenommen wurden. Es war eine Befreiung von einem unerträglichen Joch. Wer dies läugnen wollte, der wäre verstockt und nicht weiter mit ihm zu verhandeln. So lange Geschichte getrieben wird, heißt der Krieg von 1813 und 1814 nur der große Befreiungskrieg.

Vollends schwach sind aber die Nebengründe des Verfassers, die Heranziehung des Vertrags von Kalisch und die angeblich beabsichtigte Mediatisirung Braunschweigs. Beide bedeuten weiter nichts, als daß sie immerhin ein Gelüste Preußens auf

den ganzen Norden von Deutschland verrathen, welches eben nicht befriedigt worden ist. Der Vertrag von Kalisch ist nie zur Ausführung gekommen und nahm ohnehin schon das Haus Hannover ausdrücklich aus, was offenbar genug war, um Braunschweig mit zu decken, wenn dies auch, Preußen gegenüber, nicht noch besonders der Vertrag vom 14. Juni 1813 gethan hätte, und was den Wiener Congreß betrifft: so kommt es eben nicht auf die einzelnen Pläne und Debatten, sondern auf die Beschlüsse an, und Braunschweig figurirt selbst während dieser Verhandlungen nur unter demselben Gesichtspunkte wie Hannover. Beide kamen, nach dem Verfasser selbst, ganz gleichmäßig auf die Liste der eroberten Landgebiete, d. h. beide ganz gleichmäßig zu einfacher statistischer Notiz. Wäre Braunschweig aber — in Ermangelung etwa des kräftigen Schutzes von England — wirklich mediatisirt worden: so wäre es doch wol ohne Zweifel für Hannover mediatisirt worden, denn einerseits hätte England sich das nicht nehmen lassen, da es ja doch für Hannover eine bedeutende Vergrößerung erreichte; andernteils würden dann von der Mediatisirung noch viele andere gleich große und kleinere Staaten betroffen worden sein und ausgereicht haben, die Kriegsbeute der andern Mächte entsprechend zu vermehren.

Es war im letzten Befreiungskriege schlimm genug, daß man manche Rheinbundsfürsten, die sich mehr als nöthig für Napoleon begeistert und ihm geholfen hatten, das übrige Deutschland zu unterjochen, daß man manche dieser Fürsten beibehalten mußte, aber diejenigen zu restituiren, die ihn mannhaft bis zum schließlichen Sieg bekämpft hatten, davon konnte denn doch nach menschlichem und göttlichem Rechte wol keine Frage sein. So dachte namentlich der Minister Stein, der sich — wie wir aus seiner Correspondenz mit dem Grafen Münster (ich denke: aus Hormayr) wissen — die Hände nicht binden, sondern die deutschen Volks-

stämme als solche, ohne Rücksicht auf politische Grenzen, als Cherusker, Ratten, Chauken u. s. w. auf den gemeinsamen Feind treiben wollte; aber der Graf Münster wollte dies nicht verstehen, oder verstand es wirklich nicht, und lächelte über diese, ihm ganz excentrisch vorkommende Idee. So blieb der Charakter des letzten Krieges aus beiden Elementen gemischt: nach der materiellen Anstrengung, nach der Freiwilligkeit der gebrachten Opfer und nach der Allgemeinheit der Betheiligung in jedem Lande, Alter und Geschlecht war er ein wahrer Volkskrieg, nach seiner formellen Gestaltung ein Staatenkrieg. Daß dabei das formelle Recht mit dem materiellen vielfach in Collision kam, konnte nicht ausbleiben, aber Hannover und Braunschweig dürfen sich rühmen, daß ihr formelles Recht mit dem materiellen Hand in Hand geblieben sei.

V.

Fass' ich hiernach zusammen, was gegen den Verfasser zu sagen war: so concentrirt es sich auf folgende wenige Sätze:

- 1) auf Seiten unseres hannoverschen Regentenhauses liegt überall kein Grund vor, weder ein rechtlicher, noch auch ein thatsächlicher, der seine agnatischen Rechte auf Braunschweig irgendwie hätte alteriren können.
- 2) Ganz ähnlich, wenn auch allerdings weniger kräftig ausgesprochen, liegt das Verhältniß auf der Seite des braunschweigischen Fürstenhauses; die rechtliche Ansicht bleibt dieselbe, wenn auch die Thatsachen in ihrer Färbung wechseln, namentlich
- 3) ist die geschehene Incorporirung des Herzogthums Braunschweig in das Königreich Westphalen von gar keiner bezüglichen Bedeutung:

- a) aus dem Gesichtspunkte des Privatsfürstenrechts nicht, weil die berechtigten Fürsten nicht darin consentirten,
- b) aus dem Gesichtspunkte des Staatsrechts nicht, weil sie nur eine zeitweilige und selbst in der Zwischenzeit gestörte gewaltsame Unterdrückung war, und
- c) aus dem Gesichtspunkte des Völkerrechts nicht, weil sie von Anfang an auf keinem, auch nicht einmal einem präsumtiven Rechtstitel beruhte, und weil jure postliminii und thatsächlich der ganze frühere Zustand wieder hergestellt worden ist, sogar mit Abolition des Zwischenzustandes.

VI.

In Bezug ad 3 b des vorigen Abschnitts wird dann aber allerdings noch von Wichtigkeit, was unser Verfasser sehr obenhin behandelt, daß nämlich die braunschweigische Verfassung, die sogenannte Landschaftsordnung vom 12. October 1832 §. 14 ausdrücklich bestimmt:

Die Regierung wird vererbt in dem fürstlichen Gesamthause Braunschweig-Lüneburg nach der Lineal-Erbfolge und dem Rechte der Erstgeburt, und zwar zunächst in dem Mannsstamme aus rechtmäßiger, ebenbürtiger und hausgesetzlicher Ehe;

und dies ist namentlich einer von den Punkten, wo das Privatsfürstenrecht und das Staatsrecht innig in einander greifen; denn das Hausgesetz ist lediglich Sache des Privatsfürstenrechts, und da dieses beiden welfischen Linien gemeinsam; so wird damit der in der Landschaftsordnung hervortretende vertragmäßige Charakter der Successionsordnung auch auf die jüngere welfische Linie übertragen. Der Verfasser freilich will in dieser grund-

gesetzlichen Bestimmung nicht einmal ein Anerkenntniß, sondern bloß eine „nachrichtliche Bemerkung“ finden, die dem fürstlichen Gesamthause so wenig ein Recht gebe, das es nicht habe, als es ihm eins entziehen könne, das es etwa habe. Aber es ist wahrlich kaum anzunehmen, daß der Verfasser dies selbst geglaubt habe, als er es, um es für seine Zwecke zu benutzen, niederschrieb. Jene Gesetzstelle enthält ja nicht den mindesten Unterschied zwischen dem Erbrechte der jüngern und der ältern Linie, und wenn also der jetzt regierende Herzog selbst einen Sohn hätte, so könnte auch dieser, nach des Verfassers Ansicht, sich für seine Erbfolge nicht auf die obige Verfassungsbestimmung berufen; sie gäbe ihm kein Recht, wenn er sonst keins hätte, sie ist ein völlig müßiger Vermerk. Die Lächerlichkeit solcher Argumente springt von selbst ins Auge. Aber leider liegt hier noch mehr als eine Lächerlichkeit, es liegt wieder eine absichtliche Verkenning der Thatfachen und Verdrehung des Rechts vor, denn die sogenannte Landschaftsordnung von 1832 hat einen entschiedenen vertragmäßigen Charakter, und zwar gerade einen solchen, bei dem die jüngere Linie wesentlich mit betheiligt ist.

Der Verfasser nöthigt mich, auch hier auf bekannte Thatfachen wenigstens kurz zurückzukommen.

Die braunschweigischen Landstände waren uralt und wurden von Friedrich Wilhelm 1813 ausdrücklich wieder hergestellt. Mit diesen Ständen kam unter der vormundschaftlichen Regierung die neue Landschaftsordnung vom ^{19. Januar}_{25. April} 1820 zu Stande, die theilweise den Streit mit dem Herzog Carl herbeiführte, aber nach dessen Verjagung unterm 19. November 1830 die ausdrückliche Anerkennung des Bundestages erhielt; und mit den hierauf begründeten Ständen kam dann die neue sogenannte Landschaftsordnung vom 12. October 1832 zu Stande, indem die Regierung einen Entwurf einreichte, den die Stände prüften und annahmen,

d. h. eben sie kam völlig vertragsmäßig zu Stande und bildet nun als völlig zweiseitiger, Fürst und Land bindender Vertrag Braunschweigs Landesgrundgesetz.

Weit entfernt also, daß die wegwerfende Ansicht des Verfassers über jene Gesetzesstelle auch nur im entferntesten begründet wäre, müßte er vielmehr behaupten, daß Hannovers altes Recht, wenn es, wie er will, jemals erloschen, schon dadurch wiederhergestellt wäre. Wir begnügen uns einfach zu sagen, wie es ist: daß Hannovers gutes altes Recht darin eine neue Anerkennung gefunden hat, die sogar eine neue Begründung sein würde, wenn es deren bedürfte.

VII.

Indem aber der Verfasser seiner eigenen Deduction über das Erlöschen der hannoverschen Erbansprüche offenbar selbst nicht recht traut, schiebt er gegen deren etwaige Wirksamkeit noch zwei Einreden vor.

Er meint zunächst: der König von Hannover könne die Regierung des Herzogthums Braunschweig nicht übernehmen, weil er als jener unfähig sei, das erforderliche Versprechen des §. 4. der braunschweigischen Landschaftsordnung zu erfüllen:

daß er die Landesverfassung in allen ihren Bestimmungen beobachten, aufrecht erhalten und beschützen wolle.

Er soll dies nicht können, Preußen freilich auch nicht; darum aber soll unter zwei Uebeln das kleinere, nämlich der Anschluß an Preußen gewählt werden. Bloße Zweckmäßigkeitsgründe gehen mich hier nichts an; in Beziehung auf die Rechtsfrage aber ist jene Einrede offenbar eine ganz eitle und müßige, weil die braunschweigische Verfassung selbst bestimmt, im erwähnten §. 14, daß nach dem Erlöschen des braunschweigischen Mannsstammes die

hannoversche Linie eintreten solle. Ohnehin läßt sich nicht absehen, warum der König von Hannover als Herzog von Braunschweig den §. 4 der Landschaftsordnung nicht solle erfüllen können. Es wird sich ganz unbedenklich schon ein praktischer Ausweg finden lassen, beide Lande in beiderseitigem Interesse neben oder mit einander zu regieren, und die Geschichte der welfischen Lande beweiset an sich zur Genüge, daß immerhin viele getrennte Theile unter Einem Scepter bestehen konnten. Braunschweig selbst hatte bis 1820 im Fürstenthum Blankenburg eine eigne Landschaft, und das Königreich Hannover bestand bis zum Jahre 1819 nur aus aggregirten Provinzen. Es stünde also nichts entgegen, daß der König von Hannover zugleich Herzog eines selbstständigen Braunschweigs wäre, und diese Verbindung wäre nach der geographischen Begrenzung jedenfalls viel natürlicher, als eine Verbindung Braunschweigs mit Preußen; aber es wird sich, wie gesagt, mit der Zeit ohne Zweifel schon eine Ausgleichung, unter Zustimmung aller Theile finden lassen, die dem allseitigen Interesse entspricht.

Die zweite Einrede deutet der Verfasser — unter Anziehung der goldnen Bulle Tit. 25. §. 3 — nur an, und sie ist traurig genug. Da sie aber zugleich rein persönlicher und also transitorischer Art ist; so kommt sie für den dinglichen Anfall Braunschweigs eben nicht weiter in Betracht.

VIII.

Was sodann unser Verfasser von der Wahrscheinlichkeit oder Unwahrscheinlichkeit preussischer Unterstützung der braunschweigischen Trennungsgelüste anführt, kann ich hier selbstredend ebenfalls übergehen, und komme so an den Schluß, wo unser Verfasser die Zeit des möglichen Anfalls bespricht.

Er faßt hier die Eventualität in's Auge, daß beim Tode des Herzogs Wilhelm sein Bruder Carl noch lebe, und ich will, ehe ich diesen Punkt bespreche, mich und, wie ich glaube, die weitaus große Majorität des ganzen hannoverschen Volkes formell und entschieden dagegen verwahren, als ob wir Hannoveraner eine baldige Annexion Braunschweigs wünschten. Nicht die Vergrößerung der einzelnen Territorien, sondern die Verschmelzung aller zu einem einigen Deutschland, das ist es, was die Edlern im ganzen Vaterlande wünschen und erstreben, und möchte der Himmel Hannover und Braunschweig dies Ziel schon mit selbstständigen vereinten Kräften erreichen lassen. Wo sich's aber blos um kleine Zwecke und Zweckmäßigkeiten handelt, da kann von keinem höhern Rechte die Rede sein, da kann nur das bestehende formelle Recht den Ausschlag geben, und in dieser Beziehung bestimmt denn doch einmal der Bundesbeschluß vom 2. December 1830, daß der Herzog Carl nicht mehr befugt sei, Regierungsrechte im Herzogthum Braunschweig auszuüben, und da er diese Regierungsrechte eben an seinen jetzt regierenden Bruder verloren hat: so kann er sie von demselben nicht rückwärts erben. Würde jener Beschluß aufgehoben: so würde ganz selbstverständlich hannoversche Rechtlichkeit die erste sein, sich dabei zu beruhigen; andernfalls aber, und gegenüber der Eventualität einer preussischen Occupation wird es hannoversche Pflicht, der letztern in Zeiten zuzukommen.

Consules videant, ne quid detrimenti respublica capiat!

Bei Otto Wigand in Leipzig ist soeben erschienen und in allen Buchhandlungen zu haben:

Ein Brief aus Rom

an den
geringsten Capellan in Halberstadt.
gr. 8. 1861. Preis 5 Ngr.

Fünf Bücher vom Staate.

Ein Beitrag zur Organisirung der
österreichischen Monarchie.

Mit besonderem Rückblick auf Ungarn.

Von Colomann Grafen Majláth.
gr. 8. 1860. Preis brosch. 21 Ngr.

Oesterreichs Lage und Hülfsmittel.

Denkschrift
von
Isidor S e l l e r.

8. 1859. 10 Ngr.

Edgard Mortara.

Den Israeliten des 19. Jahrhunderts, den Vätern und Müttern aller
Nationen und aller Religionen gewidmet.

8. 1860. Geheftet, Preis 4 Ngr.

Bei **Otto Wigand**, Verlagsbuchhändler in Leipzig, ist erschienen und durch
alle Buchhandlungen zu haben:

Militärische Aphorismen aus Oesterreich.

Von
einem österreichischen Soldaten.
1860. gr. 8. brosch. 12 Ngr.

Ein Blick in das Innere der österreichischen Armee.

Von einem k. k. österreichischen Officier.
gr. 8. 1861. Brosch. 7½ Ngr.

Die Aufgaben Oesterreichs.

8. Preis 16 Ngr.

Der Verfasser der obigen Schrift ist der geschiedene österreichische Finanzminister
Bruck. Sie giebt Zeugniß, wie dieser geschmähte Mann für sein zweites Vater-
land, dem er sein Leben widmete, dachte und strebte.

Geschichte des Temeser Banats

von **L. Böhm.**

2 Theile mit 1 Karte und 13 Tafeln Abbildungen.
gr. 8. 1861. Broschirt 4 Thlr. 20 Ngr.

Druck von Otto Wigand in Leipzig.

Bei Otto Wigand, Verlagsbuchhändler in Leipzig, ist soeben erschienen
und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Das neue Hannoversche Finanzgesetz

vom 24. März 1857.

Vom Obergerichtsanwalt S. Miquel.

Zweite Auflage.

gr. 8. 1861. Brosch. 10 Ngr.

Der Geist der preussischen Armee

das liberale Princip ^{oder} in der Militärinstitution

von H. von Steinbach.

gr. 8. 1861. Broschirt 7 $\frac{1}{2}$ Ngr.

Franz Rákóczy II.

Fürst von Ungarn und Siebenbürgen.

Ein historisches Charakterbild von

J. L. Horn.

Zweite Auflage. gr. 8. 1861. Brosch. 1 $\frac{1}{2}$ Thlr.

Inhaltsverzeichnis.

I. Vor der Schilderhebung.

1. Rückblick. — 2. Die Rákóczy's. — 3. Emerich Tököly. — 4. Gesena Brinyi. — 5. Franz Rákóczy's Jugend.

II. Die Schilderhebung.

1. Beginn der Revolution. — 2. Rákóczy's Einmarsch und erstes Auftreten in Ungarn. — 3. Das Manifest Rákóczy's. — 4. Kampfgenossen und Mittel. — 5. Kriegsoperationen im Jahre 1703.

III. Kampf und Unterhandlung.

1. Friedensverhandlungen. — 2. Kriegsoperationen und Friedenskonferenzen. — 3. Siebenbürgische Verhältnisse. — 4. Ungarische Kriegsoperationen und Zustände im Jahre 1703. — 5. Die siebenyer Konföderation.

IV. Unabhängigkeitserklärung und Friedensschluß.

1. Die schenninger Konferenzen. — 2. Wiedereröffnung des Kampfes. — 3. Die önder Unabhängigkeitserklärung. — 4. Die letzten Kriegsoperationen. — 5. Der szathmärer Friede.